Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke

Band: 54 (1963)

Heft: 1

Artikel: Blick in die Zeit

Autor: Bringolf, W.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-916442

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick in die Zeit

Aus der Ansprache, gehalten an der Generalversammlung des SEV am 29. September 1962 in Schaffhausen, von *W. Bringolf*, Schaffhausen

130.2

Es ist ein kleines Wagnis, heute zu Ihnen zu sprechen, nachdem Sie durch Ihre Tagung stark und — wie ich annehme — auch eindrücklich in Anspruch genommen worden sind; es ist aber auch ein kleines Wagnis für mich persönlich, weil ich hier nicht als Fachmann in den Fragen, die den SEV und den VSE besonders angehen, zu Ihnen sprechen kann, und vielleicht auch, weil ich eine ziemlich strenge Woche hinter mir habe. Ich habe mir das Thema so gesteckt, dass ich es asymmetrisch behandeln kann. Ich bin aber nicht an eine bestimmte Methode gebunden; ich kann einfach einige Fragen herausgreifen, die nicht mit Ihrer eigentlichen Tätigkeit, aber mit Ihrer allgemeinen Stellung als Bürger unseres Landes zu tun haben.

Ich fange gleich mit dem an, was uns dieser Tage alle beschäftigt hat. Sie wissen, dass der Bundesrat durch eine Delegation am 24. September 1962 in Brüssel eine Erklärung deponierte, welche die *Grundlage* für Verhandlungen über die Assoziierung unseres Landes mit den Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bildet. Für unser Land ist der 24. September ein geschichtliches Datum, weil, wenn auch eine Reihe von wichtigen Ereignissen vorausgegangen sind, die Erklärung, die in Brüssel abgegeben wurde, in ihrer Art für die Zeit, in der wir leben und für die Zukunft, der wir entgegengehen, von allergrösster Bedeutung ist. In unserem Lande selbst zählte ich mich seit Jahren zu den Anhängern einer engeren europäischen Zusammenarbeit im Rahmen der freien demokratischen Länder, d. h. ich bekannte mich immer wieder, wenn auch als Föderalist, als europäischer Föderalist, zur Integration. In einer Zeit, da die Entwicklungen noch nicht klar abgesteckt waren, haben Leute wie ich etwas stärker die Notwendigkeit der Integration betont und dadurch da und dort den Widerspruch anderer und Andersgesinnter hervorgerufen. Das ist an sich kein Nachteil, ist im Gegenteil für unsere Demokratie ein Vorteil, denn ohne diese Gespräche, ohne die Auseinandersetzung mit Andersgesinnten, gibt es in diesen Problemen keine Klärung.

Seitdem der Bundesrat sich entschieden hatte, mit Österreich und mit Schweden, also mit den drei neutralen Staaten der EFTA die Assoziierung nachzusuchen, haben alle meine Freunde und auch ich ihre Pflöcke etwas zurückgesteckt. Wir sind sozusagen aus der Propagandazone für die Integration etwas zurückgewichen, in die Zone der konkreten Auseinandersetzungen und Verhandlungen, in der sich die Regierung befindet. Heute gibt es eine völlige Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen — Detailfragen sind selbstverständlich noch offen — zwischen allen in der Bundesversammlung vertretenen und für die Landespolitik verantwortlichen Parteien und dem Bundesrat. Das ist eine sehr wichtige, und auch gerade für die Partner, mit denen wir später zu verhandeln haben, eine Feststellung, die nicht ohne Bedeutung ist. Wohl nicht in jedem Lande, das mit Brüssel verhandelt, ist eine derart geschlossene Haltung der für die Regierungs- und Landespolitik sich verantwortlich fühlenden politischen Gruppierungen vorhanden. Denken Sie an Grossbritannien und an die Auseinandersetzungen zwischen *Macmillan* und *Gaitskell*, einen Gegensatz, der allerdings nicht nur wegen der Probleme des Commonwealth sich derart gestaltet hat, sondern der auch auf innenpolitische und wahlpolitische Gründe zurückzuführen ist. Man trägt eine Auseinandersetzung innenpolitisch aus, die im Grunde Angelegenheiten betrifft, welche mit der aussenpolitischen Haltung der britischen Regierung zu tun haben.

Botschafter *Stopper* hat vor kurzer Zeit und bevor in Brüssel das Gespräch eingeleitet wurde, durch die Erklärung der Eidgenossenschaft noch einmal fixiert, warum wir ein Assoziationsverhältnis mit den EWG-Staaten anstreben. Er hat dabei ausgeführt: Wir wollen die Diskriminierung der schweizerischen Wirtschaft beseitigen. Während der Übergangszeit werden unsere Produzenten bei Verkäufen im Gemeinsamen Markt im Durchschnitt 10 bis 12 % Kosten in Form von Zöllen mehr zu tragen haben, als ihre Hauptkonkurrenten. Über 40 % unserer Exporte gehen nach den sechs Ländern. Es werden mehr als 60 % sein, wenn sich das restliche Europa anschliesst. Summenmässig ausgedrückt und staatlich betrachtet, bewegt sich im Endstadium der Diskriminierungseffekt zwischen 400 bis 660 Millionen Franken. In der Zeit allgemeiner Expansion sind solche Differenzen überbrückbar, sei es, dass im diskriminierten Land infolge langsamerer Expansion die übrigen Kosten weniger rasch steigen als im Präferenzgebiet oder sei es, dass ein Teil der Last auf den Abnehmer abgewälzt werden kann. Doch nun kommt ein wichtiger Punkt: Bei rückläufiger Konjunktur, wenn der Konkurrenzkampf durch Verzicht auf die volle Deckung der fixen Kosten geführt wird, werden wir die Zolldifferenzen voll tragen müssen und nicht so leicht verdauen können. Ich glaube, das ist eine wesentliche Feststellung, die notiert werden muss, dass nämlich die Assoziierung mit den EWG-Staaten — eine andere Art der Zusammenarbeit kommt, nach unserer und auch nach meiner persönlichen Auffassung in absehbarer Zeit nicht in Frage — dass eine Assoziierung mit den EWG-Staaten vorwiegend ihre Bedeutung hat für den Fall einer rückläufigen Konjunktur. Ob die Konjunktur tatsächlich einmal rückläufig wird oder werden kann, ist schwer abzusehen. Man weiss, dass in den Vereinigten Staaten Schwierigkeiten bestehen, und dass die Rezession dort nicht überwunden ist. Man hört aus den Gebieten Grossbritanniens ähnliche Bemerkungen. Man liest, dass die Auftragsbestände der deutschen Industrie — verglichen mit früheren Jahren — eher im Rückgang seien und hört auch in unserem Lande Stimmen, die ähnliche Hinweise geben. Immerhin — das haben Sie ja festgestellt, wenn Sie in unserer Stadt herumspaziert sind und die vielen Italiener, Spanier und Griechen auf den Strassen gesehen haben oder noch sehen werden —, bei uns sind noch keinerlei ernste Anzeichen einer rückläufigen Konjunktur zu bemerken. Aber, sollte auch nur eine Abschwächung erfolgen — viele wünschen sie aus den verschiedensten Gründen, auf die ich nicht eintrete und nicht eintreten will —, so wird sich die Zusammenarbeit mit den EWG-Ländern trotz allen bestehenden Schwierigkeiten deutlicher als Notwendigkeit abzeichnen.

Der Bundesrat hat in seiner Erklärung wesentliche Zahlen produziert. Aus seinen Zahlen, die sorgfältig ermittelt wurden, geht hervor, dass die Schweiz, wirtschaftlich gesehen, eines der am weitesten mit den sechs EWG-Staaten integrierten Länder darstellt. Ich erlaube mir, diese Darstellung knapp zu zitieren. Unter anderem heisst es hier: Dementsprechend erreicht in der Einfuhr der Anteil Europas um 80 %, in der Ausfuhr mehr als 60 %. Für die sechs Länder der EWG betrugen die Zahlen letztes Jahr 62 % in der Einfuhr unseres Landes und 42 % in der Ausfuhr. Der Überschuss zu Gunsten der Gemeinschaft ging über 3½ Milliarden Franken hinaus. Aus einzelnen Ländern der Gemeinschaft tätigen wir grössere Einfuhren als EWG-Mitgliedstaaten mit einem mehrfachen unserer Bevölkerung. So hat die Schweiz aus Deutschland im letzten Jahr für 3,7 Milliarden Franken importiert, Frankreich bieten wir einen Absatzmarkt von rund 1½ Milliarden Franken, Italien von rund 1¼ Milliarden Franken und den Beneluxländern von rund einer Milliarde Franken. Daran ist die Energiewirtschaft auch beteiligt, und es ist klar, dass ihre Integrierung für den Fall einer Assoziierung ein ernstes und wichtiges Problem bedeutet. Allerdings sind hier wohl im Blick auf die tatsächlichen heute schon bestehenden Verhältnisse, die Sie besser kennen als ich, die Schwierigkeiten geringer als es scheinen mag.

Wesentlich scheint mir bei der Erklärung des Bundesrates in Brüssel ein Teil zu sein, der sich mit der Frage unserer Neutralität befasst. Bundesrat *Wahlen*, der das Exposé entwickelte, hat in seinen Schlussfolgerungen in Brüssel dazu folgendes gesagt; es lohnt sich, diese paar Sätze sich noch einmal zu vergegenwärtigen. Bundesrat *Wahlen* führte aus:

«Ich habe Ihnen auch den Rahmen geschildert, in welchem wir unseren Beitrag sehen. Bestimmend für diesen Rahmen sind die immerwährenden Verpflichtungen, die das im Völkerrecht verankerte, vom entschiedenen Willen des Schweizervolkes getragene Neutralitätsstatut uns auferlegt. Gerade für Europa, in dessen Mitte wir liegen, aber ebenso sehr für die andern Kontinente hat sich das Bestehen dieses Statuts mit allen Beschränkungen, die es für uns mit sich bringt, immer wieder als nützlich erwiesen. Die Sicherungen, auf die wir mit Rücksicht auf unsere Neutralität nicht verzichten können, tun der Substanz der Assoziation keinen Eintrag. Die Schweiz ist ihrem geistigen und politischen Ursprung nach ein im europäischen Ideal verwurzeltes Land; die Ziele, die sie verfolgt, sind auf die Stärkung und Entfaltung Europas ausgerichtet. Die Staatsmaxime der Neutralität kann weder im Falle der Schweiz noch Schwedens und Österreichs die europäischen Einigungsbestrebungen behindern. Wir sind im Gegenteil davon überzeugt, dass die Neutralität dieser Staaten eine nützliche Ergänzung eines europäischen Systems darstellt, welches auf eine Annäherung der Völker und eine Verstärkung der Zusammenarbeit hinzielt, und von uns und den Staaten, die uns umgeben, herbeigewünscht wird. Eine Mitwirkung der Schweiz am grossen Werk der Gemeinschaft, das in einem Wirtschaftsraum aufgebaut wird, mit dem uns die intensivsten Beziehungen verbinden, entspricht der Natur der tatsächlichen Gegebenheiten.»

Dann hat Bundesrat *Wahlen* mit Recht und nachdrücklich beigefügt, dass die Schweiz keine einseitigen Vorteile verlange. Es wird neben den Problemen der Landwirtschaft, den Problemen des in sozialer Hinsicht freien Austausches von Arbeitskräften, neben zahlreichen anderen Fragen einer der schwierigsten Punkte in den Auseinandersetzungen sein, den EWG-Ländern klar zu machen, dass die Schweiz eher auf eine Assoziierung mit den EWG-Staaten verzichten würde, als ihre Neutralitätspolitik, die es ihr erlaubt, ihre Freiheit und ihre Unabhängigkeit zu wahren, sowie militärisch bündnisfrei zu bleiben, aufzugeben. Das ist ein Gesichtspunkt, über den wir uns klar sein und für den wir werben müssen, denn ich habe mir sagen lassen, dass unsere Neutralität und ihre Geschichte beispielsweise bei den Amerikanern gar nicht beliebt ist, und dass wir sehr viele Glossen und in privaten Gesprächen sogar abfällige Bemerkungen darüber entgegennehmen müssen. Es ist auch gar kein zu unterschätzendes Problem, dass bei unserer heranwachsenden Generation die Neutralität nicht mehr so tief sitzt, wie bei uns, die mit den Erlebnissen und Erfahrungen zweier Weltkriege belastet sind. Ich selbst stosse in Gesprächen sowohl mit Studierenden, als auch allgemein mit jungen Leuten im Alter von 20 bis 25 Jahren sehr oft auf diese Frage. Es ist nicht ganz von ungefähr, dass mich kürzlich sogar Angehörige einer Offiziersaspirantenschule angefragt haben, ob ich bei ihnen einmal über die schweizerische Neutralität sprechen würde. Sie seien sich einfach nicht klar darüber, was sie heute und in der Zukunft und im Zusammenhange mit dieser Auseinandersetzung noch bedeute. Und doch ist gerade für die junge Generation die Zusammenarbeit mit Europa bei allen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, eine Lockung, und ich würde es bedauern, wenn diese Zusammenarbeit nicht möglich würde, obwohl sie in gewissem Sinne für unser Land ein Wagnis darstellt.

Meine Herren, sie gehören zu den Vertretern jenes Wirtschaftszweiges unseres Landes, die Wagnisse in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder unternommen haben. Es ist kein Kompliment, sondern einfach eine Feststellung, dass die Zahl der Pioniere im Gebiete der Entwicklung der Energiewirtschaft gross ist. Jedermann weiss, dass die Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist, dass sie stürmisch weiter geht, stürmischer als wir gewagt hätten, noch vor kurzer Zeit anzunehmen. Und darum ist die europäische Zusammenarbeit, wie sie nun auch die Schweiz mit Schweden und Österreich zusammen innerhalb der EWG anstrebt, nur ein Teilproblem unserer Zeit. Es ist ein Teilproblem, dieser Zeit, welche die Technik, weil die Wissenschaft die Voraussetzungen dafür sucht, in einer unerhörten Art und Weise entwickelt, so dass grosse Teile unserer Mitbürger geistig damit kaum mehr Schritt halten können. Alle ernsthaft gesinnten Leute in allen Ländern setzen sich aber damit auseinander. Viele rufen in diesem Zeitalter der wissenschaftlich technischen Entwicklung nach einer neuen Philosophie, weil die alten philosophischen Erkenntnisse zwar noch ihren Wert besitzen, aber für die weltanschauliche Fundierung nicht mehr ganz genügen. Ich habe gerade in der letzten Zeit darüber eine Reihe von höchst interessanten Abhandlungen gelesen. Darf ich auf einige hinweisen, ohne Ihre Geduld über Gebühr in Anspruch zu nehmen?

Mit Interesse habe ich in der Neuen Zürcher Zeitung beispielsweise kürzlich im Zusammenhange mit der Versammlung der Naturforschenden Gesellschaft der Schweiz einen Aufsatz gelesen unter dem Titel «Die Verantwortung des Physikers» von *Markus Fierz*. Ich

habe hier unter anderem — ich greife einen Gedanken heraus — im vollen Bewusstsein, dass das Herausgreifen nicht ein klares Bild über die Zusammenhänge gibt — gelesen, wir dürften den naiven Fortschrittsglauben der Menge und das Vertrauen der Regierungen in die Wissenschaft nicht leichtfertig dazu ausnützen, finanzielle und moralische Unterstützung zu erlangen. Es sei töricht, wenn sich Gelehrte Politikern gegenüber (das las ich natürlich ganz gern) aufs hohe Ross setzten, weil diese nicht nach wissenschaftlichen Maximen handelten, ja, weil sie oft gar nicht wissenschaftlich denken könnten, denn das wissenschaftliche Denken erkaufte sich ja seine Folgerichtigkeit gerade dadurch, dass methodisch von vielen irrationalen Kräften abstrahiert werde. In wissenschaftlich geleiteter Politik und wissenschaftlich geleiteter Wirtschaft ein Allheilmittel zu sehen, bedeute Vergötzung der Wissenschaft, an der schliesslich alle drei zugrundegingen. Dennoch müsse der Physiker auch als Staatsbürger verantwortlich handeln, genau wie jeder andere. Er könne dazu aufgerufen werden, dem Staat seine Kenntnisse und Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen, ja es könne sein, dass sogar politische Entscheidungen von seinem Urteil abhängig würden. Dann müsse er wissen, dass er zwar die wissenschaftlichen Fragen besser beurteilen könnte als andere, dass er aber den politischen Problemen wohl ebenso hilflos gegenüberstehe wie viele andere Leute. Und wenn sein wissenschaftliches Urteil gültig sein solle, müsse es auf wirklicher Einsicht beruhen. Die Bemerkungen von *M. Fierz* sind sicher interessant in diesem Zusammenhang.

Ich habe auch einen anderen, diesmal einen deutschen Professor, und seine Ausführungen kennengelernt, nachdem mir ein Vortrag von Professor Dr. *Wolfgang Schadewall* von der Universität Tübingen unter dem anspruchsvollen Titel «Neubegründung des Menschen» zugänglich geworden ist. Der Autor versucht, die grossen geistigen Perioden der Menschheitsgeschichte, soweit sie überhaupt überblickbar sind, zu fassen. Er spricht von der Neubegründung *Platons* gegen die Sophistik im klassischen Altertum — *Schadewall* ist, wie man sagt, ein Gräcist, also jemand, der sich mit der griechischen Geschichte und Philosophie besonders auseinandersetzt — er spricht von der späteren Epoche des Dichters *Menander*, den er sogar als den Vater der Humanität bezeichnet; er spricht von der Herübernahme durch Rom alles dessen, was die griechische Humanität erzeugt hat und er erwähnt dann die neue Humanität im Mittelalter, die insbesondere auch im Spätmittelalter und in der Neuzeit durch die Philosophie *Descartes* entwickelt worden ist. Und *Schadewall* sagt in diesem Vortrag unter anderem: «Ich glaube nicht, dass die Technik nur ein Problem der Philosophie ist, dass es aber unter verschiedenen Problemen der Philosophie die Technik als Problem gibt. So sieht es jetzt immer aus. Nein, ich glaube, dass die technische Welt dasjenige undiskutierte, unbestritten Gültige ist, von dem die Philosophie ausgeht. Einmal war die magische Welt bei vielen Streitigkeiten, die die Zauberer unter sich haben konnten, das im Ganzen unbestritten Gültige. Dann war die religiöse Welt das unbestritten Gültige, die Welt der Politik bei den Griechen und Römern, im Mittelalter die Welt des Christentums in der kirchlichen Form, vielleicht vor hundert Jahren die Welt der Bildung und der Wissenschaft. Das, was heute das undiskutiert allgemein Gültige vom kleinen Mann bis zum grössten Prominenten ist, ist die technische Welt. Da mag man reden, was man will, es geht hier nicht um das Reden, noch mag man dagegen sprechen; durch sein eigenes Tun und Handeln beweist man das Undiskutierte der technischen Welt. Wir können uns hier bewegen, wie wir wollen, der technische Aspekt ist heute der Aspekt, in dem uns die Realität immer mehr gültig erscheinen wird, und das ist das, wovon einer, wenn er nach der neuen Philosophie sucht, auszugehen hat.»

Sie merken, wo ich hinaus will; ich möchte das Problem, das praktisch und pragmatisch ist, nämlich die europäische Integration in den grösseren — und ich darf ohne Übertreibung sagen — höheren Zusammenhang der menschlichen Zusammenarbeit und des menschlichen Zusammenlebens heben. Dabei gibt es eine wichtige Frage, die uns Schweizer beschäftigt, obwohl wir ihr dann und wann ausweichen, weil sie uns nicht sehr sympathisch ist: Wir haben feststellen müssen und müssen zugeben, dass auch in totalitären Staaten Wissenschaft und Technik sich entwickeln und einen Aufschwung nehmen, und dass es also nicht ein Privileg, ein Vorrecht der freien Welt, der Demokratien ist, ob sich Wissenschaft und Technik entwickeln oder nicht entwickeln. In der grossen Auseinandersetzung über die Raumfahrt haben wir diese Feststellungen bestätigt erhalten. Und diese Auseinandersetzung ist ja erst im Gange; es ist geistig für den Durchschnittsmenschen in unserem Mitteleuropa fast nicht zu erfassen, wenn er hört, dass uns dauernd, während wird hier tagen oder während wir uns irgendwo aufhalten, so und so viele Satelliten umkreisen, dass unsere Erde also immer kleiner wird. Es ist ein Problem, das unsere Phantasie anregt, wenn beispielsweise ein Weltraumforscher vor etwa zwei Jahren sagte: «Wer Frieden will, muss Raumfahrt wollen». Nach dem neuesten strategischen militärischen Wörter- und Instruktionsbuch, das in der Sowjetunion herausgekommen ist, jetzt kürzlich, würde in der Machtpolitik der Russen die Raumfahrt nichts weniger als ein Instrument friedlicher Politik sein. Aber natürlich hat der Weltraumforscher mit seiner Behauptung nicht unrecht; es kann die Raumfahrt zur Verwirklichung des grossen menschlichen Traumes vom ewigen Frieden dienen. Der Forscher meint sogar, dass uns die Raumfahrt retten könne vor der drohenden Übervölkerung. Sie wissen, dass das auch eines der Probleme ist, die immer wieder diskutiert werden: 3 Milliarden Menschen auf der Erde! Im Jahre 2000 fast das Doppelte. Platz hat es aber höchstens für 9 Milliarden. Und im Zusammenhang damit steht doch auch die Frage, wie diese Menschen leben. Welche zivilisatorischen Errungenschaften haben sie? Wie entwickelt sich in dieser Zeit unter anderem auch die Energiewirtschaft und wie entwickeln sich in dieser Zeit unter anderem die Träger für die Versorgung mit Energie. Es eröffnen sich hier grosse Aspekte, und darauf will ich eigentlich hinaus. Aspekte, die in ihrer Art grandios sind, die angetan sind, unsere Phantasie in einer unerhörten Art und Weise anzuregen, die uns aber zwingen, trotz allem mit beiden Beinen fest auf der Erde zu stehen. Es eröffnen sich aber auch Aspekte, die klar zeigen, dass das, was wir als die politische und militärpolitische Auseinandersetzung zwischen Ost und West betrachten, eine Phase in der Menschheitsentwicklung darstellt, die nicht nur alle diese Einzelheiten und Schattierungen enthält, die Ihnen bekannt sind und auf die ich hier nicht eintrete, sondern die darüber hinaus Einfluss nimmt auf unsere

ganze geistige Haltung und insbesondere auch die geistige Haltung der heranwachsenden Generation.

In diesem Zusammenhang fällt mir immer eine Mission ein, die einer meiner Lieblingsschriftsteller, der zwar nicht aus diesem, sondern aus dem letzten Jahrhundert stammt, vor 125 Jahren irgendwo niederlegte, und die ich auch Ihnen nicht ersparen möchte. Ich möchte diese Mission in den Zusammenhang der zuletzt gemachten Bemerkungen rücken. *Alexis de Toqueville* hat in seinem Buch über die Demokratie in Amerika — er hat ja Amerika bereist und hat ein gescheites und in seiner Art heute noch unvergängliches Buch über die Demokratie in Amerika und über die Demokratie überhaupt geschrieben — unter anderem gesagt: «Das Mittelalter war eine Epoche, da alles auseinandertrat. Jedes Volk, jede Provinz, jede Stadt, jede Familie wollte sich absondern. Heute lässt sich das Gegenteil wahrnehmen. Die Völker scheinen auf die Einheit hinzusteuern. Geistige Bande vereinigen die entferntesten Teile der Erde, und nicht einen Tag möchte man sich fremd bleiben und nicht wissen, was in irgendeinem Winkel der Erde vorgeht. Daher unterscheiden sich heute die Europäer von ihren Nachkommen in der Neuen Welt, obgleich sie der Ozean trennt, weniger stark, als gewisse Städte, die sich im 13. Jahrhundert voneinander unterschieden, obwohl sie nur ein Bach trennte. Wenn diese Tendenz der Angleichung, fremde Völker einander näherzubringen anhält, um wieviel eher wird sie es verhindern, dass Nachfahren ein und desselben Volkes einander fremd werden? Es wird also eine Zeit kommen, da in Nordamerika 150 Millionen gleicher Menschen leben werden, der gleichen Familie angehören, gleicher Herkunft, gleicher Kultur, gleicher Sprache, gleicher Religion, gleicher Gewohnheiten und gleicher Sitten sein. Sie werden gleichförmig denken und ihr Denken wird sich in den gleichen Farben malen. Alles übrige ist zweifelhaft, dieses Eine ist sicher, freilich eine vollständig neue Tatsache, deren Tragweite sich der Einbildungskraft noch verschliesst. Es gibt heute auf der Erde zwei grosse Völker, die von verschiedenen Punkten ausgehen, zum selben Ziel vorzurücken scheinen. Die Russen und die Anglo-Amerikaner. Beide sind im Verborgenen gross geworden, und während die Aufmerksamkeit der Menschen anderswo gefesselt war, sind sie plötzlich in die vorderste Reihe der Nationen getreten, und die Welt hat fast zur gleichen Stunde wie ihre Geburt ihre Grösse vernommen. Alle anderen Völker scheinen etwa die Grenzen erreicht zu haben, die ihnen von der Natur gezogen sind und diese nur noch bewahren zu wollen. Russland aber und Amerika wachsen; sie allein schreiten leicht und rasch aus in einer Bahn, deren Ziel das Auge noch nicht zu erkennen vermag. Der Amerikaner kämpft gegen die Hindernisse, die die Natur ihm bietet, der Russe liegt im Kampf mit dem Menschen. Jener ringt mit Wüste und Barbarei, dieser mit der vollbewaffneten Zivilisation. Daher erobert der Amerikaner mit dem Flug, der Russe mit dem Schwert des Soldaten. Sein Ziel zu erreichen, baut der Amerikaner auf das private Interesse und lässt die Kraft und die Vernunft des Einzelnen wirken, ohne sie zu dirigieren; der Russe drängt gewissermassen die ganze Macht der Gesellschaft in einem Menschen zusammen. Freiheit ist dem Einen Antrieb, dem Anderen Knechtschaft. Ihr Ausgangspunkt ist verschieden. Verschieden ist ihr Weg und doch, nach einem geheimen Plan der Vorsehung, scheint jeder von ihnen berufen, dereinst die Geschicke der alten Erde zu leiten.»

Wenn man bedenkt, dass das 1835 geschrieben wurde, so darf man mit Fug und Recht von einer Mission sprechen, von einer Mission, die uns jetzt klarer und verständlicher wird und die an unsere Verantwortung appelliert. An unsere Verantwortung für die Zeit, in der wir leben; es ist die Verantwortung, die jeder Einzelne trägt. Nehmen Sie das nicht als Moralpredigt, nehmen Sie das nicht als Absicht, Ihnen in pädagogischer oder gar schulmeisterlicher Art irgendetwas beizubringen; nehmen Sie das einfach als Bekenntnis, dass jeder Einzelne unter uns, gleichgültig wo er steht, gleichgültig, welcher Partei er angehört, sofern sich diese Partei zu unseren Traditionen und zu unserer Demokratie bekennt, seine eigene Verantwortung trägt für das Ganze, die ihm niemand abnehmen kann. Besondere Verantwortung dafür möchte ich übertragen den Wissenschaftern, den Technikern und den Politikern, jenen, von denen man annehmen darf, dass sie die inneren Zusammenhänge dieser Entwicklung klar erkennen und begreifen; jenen, von denen man annehmen darf und muss, dass sie über den Tag hinaus das erkennen und begreifen, was zu geschehen hat. Es ist also der Appell an den Menschen und Bürger, den ich hier aussprechen möchte, an den Menschen und Bürger in unserem kleinen Lande, dass er mitberufen ist, einen Beitrag an diese grosse Auseinandersetzung, in der sich unser Kontinent und in der sich die ganze Erde befindet, zu leisten. Nicht Überheblichkeit, auch nicht etwa eine Verkennung unserer Möglichkeiten, liegt in dieser Feststellung, sondern ganz einfach, ich wiederhole es, das Gefühl und das Bewusstsein, dass diese Zeit mehr als je über alle Alltäglichkeiten hinweg an uns und an die heranwachsende Generation appelliert, Anteil zu nehmen, geistig nicht zu verkümmern, geistig und seelisch lebendig zu bleiben, grosszügig zu sein und zu denken, und doch mit beiden Beinen auf dem Boden der Realitäten zu verharren, um diese Harmonie des Einzelmenschen und der Gemeinschaft anzustreben, welche die einzige Gewähr dafür ist, dass wir in Freiheit unser Schicksal bestimmen und dass wir in Frieden unsere Zukunft gestalten können.

Adresse des Autors:

Walther Bringolf, Nationalrat, Stadtpräsident von Schaffhausen, Schaffhausen.